



Nr. 322 | 16.01.2024

Polen-Analysen

Künstliche Intelligenz – Entwicklung und Akzeptanz in Polen

■ ANALYSE		
Künstliche Intelligenz – Entwicklung und Akzeptanz in Polen		2
Reinhold Vetter, Warschau		
■ UMFragEN		
Einstellungen der polnischen Gesellschaft zur Künstlichen Intelligenz		7
<hr/>		
■ CHRONIK		
05. Dezember 2023 – 15. Januar 2024		12

Künstliche Intelligenz – Entwicklung und Akzeptanz in Polen

Reinhold Vetter, Warschau

DOI: 10.31205/PA.322.01

Zusammenfassung

Mit dem Fortschreiten der Digitalisierung gewinnt Künstliche Intelligenz (KI) an Bedeutung. Recherche-, Sprach- und Schreibprogramme der großen Internetkonzerne erreichen auch in Polen ein Millionenpublikum. Wie in anderen östlichen und westlichen EU-Staaten schwanken die Meinungen der Bürger über die KI zwischen Euphorie und großen Befürchtungen. Wissenschaftler bemühen sich um realistische Einschätzungen. Vielfach wird die Forderung nach klaren rechtlichen und administrativen Regeln für die Nutzung der KI laut.

Die Digitalisierung ist auch in Polen längst auf dem Vormarsch. Das bedeutet, dass zunehmend Algorithmen und Künstliche Intelligenz genutzt und weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt durch die Covid-19-Pandemie hat sich das berufliche und soziale Leben der Menschen deutlich in den Bereich des Digitalen verlagert. Doch zeigt sich diese Entwicklung nicht nur im Alltag der Bürger, sondern sind auch industrielle Abläufe und unternehmerische Strategien, gesellschaftliche Diskurse sowie das politische Geschehen und die Tätigkeit der staatlichen Verwaltung davon betroffen.

Von Dating-Apps über die automatisierte Vorauswahl bei Bewerbungen um Arbeitsplätze bis hin zur Gesichtserkennung im öffentlichen Raum werden Algorithmen und Künstliche Intelligenz eingesetzt. Supermärkte und andere große Geschäfte reduzieren ihr Personal und installieren zunehmend digitale Kassen zur Selbstbedienung durch die Kunden. Arztpraxen, große medizinische Zentren, Anwälte, Steuerberater und Stadtverwaltungen setzen mehr und mehr »intelligente« Computer ein, die Anfragen von Bürgern beantworten. Gerade älteren Menschen wird gar nicht oder erst im Laufe des Telefonats bewusst, dass sie sich mit einer Maschine »unterhalten«. Das Smartphone ist allgegenwärtig und bestimmt die menschliche Kommunikation immer mehr. Schüler und Studenten bestellen Texte im Internet, um diese dann als Hausaufgabe oder Seminararbeit vorzulegen. Angehende Wissenschaftler kopieren Texte, die im Netz angeboten werden, um damit ihre Publikationsliste zu verlängern. Politiker lassen sich von online-Diensten ihre Reden schreiben. So sind Algorithmen und Künstliche Intelligenz – oft nicht sichtbar – integraler Teil des Lebens vieler Menschen.

Algorithmische Systeme können durchaus menschliche Schwächen ausgleichen. Auch können sie die Bürger beim Umgang mit komplexen Zusammenhängen und Datenvielfalt unterstützen sowie ihnen zu konsistenteren, effizienteren und fairen Entscheidungen verhelfen. Andererseits kann ihr unkontrollierter und ver-

antwortungsloser Einsatz zu Diskriminierung führen und damit gesellschaftliche Ungerechtigkeiten verstärken. Eine weitere Gefahr ist, dass sich Künstliche Intelligenz von politischen Gruppierungen auch für eine undemokratische Machtausübung nutzen lässt. Die sozialen Auswirkungen der zunehmenden Automatisierung sind also enorm und für die Zukunft nicht vollständig abschätzbar.

Investitionen in KI und neue Technologien

Da Mikrochips und andere Bauteile für elektronische Geräte wesentliche Bedeutung haben, ist auch Polen in den globalen Wettbewerb um die Herstellung solcher Teile eingestiegen. So kündigte der amerikanische Chiphersteller Intel im Juni 2023 den Bau einer Fabrik in Niederschlesien (Dolny Śląsk) an, für den der Konzern insgesamt 4,2 Milliarden Euro investieren will. Die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki erklärte ihre Bereitschaft, dieses Projekt mit erheblichen finanziellen Mitteln aus dem Staatshaushalt zu unterstützen, wobei sie jedoch keinen konkreten Betrag nannte. Die Subventionen sollen für die Zufuhr von Energie und Wasser sowie den Ausbau der Transportinfrastruktur genutzt werden. Es war die Rede von 2 000 neuen Arbeitsplätzen durch die Investition von Intel.

Ebenfalls im Juni 2023 hatte die EU-Kommission ein Programm zur Unterstützung der Produktion von Chips und von Mikroelektronik insgesamt verabschiedet. Im Rahmen dieses Programms mit dem Titel »Important Projects of Common European Interest« sollen Beihilfen von mehr als acht Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Die neue polnische Regierung wird sich sicherlich um diese Gelder bemühen.

Bei der Künstlichen Intelligenz geht es darum, dass Computer zunehmend menschliche Fähigkeiten übernehmen. Das umfasst Lesen und Sprechen sowie das Erkennen von Bildern und graphischen Darstellungen ebenso wie die Sammlung und Auswertung großer

Datenmengen, die Entwicklung von Konzepten und Strategien sowie die Kontrolle von deren Umsetzung.

Insbesondere die großen Internetkonzerne arbeiten mit Nachdruck an der Entwicklung Künstlicher Intelligenz und setzen ihre Produkte offensiv ein, um nicht zuletzt am polnischen Markt Anteile zu erringen. So hat das amerikanische Unternehmen OpenAI mit ChatGPT ein Programm entwickelt, das auf dem sprachlichen Niveau eines Menschen kommunizieren kann. Bereits wenige Monate nach dessen Veröffentlichung hatten auch in Polen schon Millionen von Internetnutzern darauf zugegriffen. Zuvor war bereits Apple mit dem Sprachprogramm Siri an den Markt gegangen, das aber weniger sprachgewandt als ChatGPT ist. Nach der Veröffentlichung von ChatGPT kündigte Apple-Chef Tim Cook die Entwicklung eines Konkurrenzproduktes an, bei dem man sich, wie er sagte, auch auf die Identifizierung von Fotos, die Autokorrektur beim Schreiben von Texten sowie die Analyse von Autounfällen konzentrieren wolle. Google wiederum brachte das Sprachprogramm Bard auf den Markt, das der Pole Jacek Krawczyk an führender Stelle entwickelt hat. Facebook beteiligt sich mit seinem Programm Metaverse am globalen Wettbewerb. Schon jetzt kursieren Unmengen von Texten und ganzen Büchern zahlreicher Anbieter im Netz, die mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz verfasst wurden und vielfach eine schlechte Qualität aufweisen. Diese »Ghostwriter« bieten potentiellen Kunden auch für spezielle Anfragen ihre Dienste an.

Steigende Internetnutzung

Schon ein Blick auf die Nutzung des Internets zeigt, wie groß der Markt auch in Polen ist, den die internationalen Konzerne nutzen können, um ihre KI-basierten Produkte zum Einsatz zu bringen. Aus einer Studie des polnischen Meinungsforschungsinstituts CBOS vom Juni 2023 geht hervor, dass inzwischen 77 Prozent der Erwachsenen regelmäßig das Internet nutzen – Tendenz steigend. Bei den 18- bis 24-Jährigen sind es sogar 100 Prozent und bei den 25- bis 44-Jährigen immerhin 98 Prozent. Ausschlaggebend ist dabei das Bildungsniveau. Während Bürger mit höherer Bildung zu 98 Prozent regelmäßig auf das Internet zugreifen, sind es bei denjenigen mit einfacher Schul- und Berufsausbildung nur 52 Prozent. Nutzer des Internets findet man vor allem unter Führungspersonen in Wirtschaft und Gesellschaft, Spezialisten in technischen Berufen, Verwaltungsangestellten und Beschäftigten des Dienstleistungssektors. Wie in anderen europäischen Ländern auch, sind es auch in Polen vor allem die Einwohner großer und mittlerer Städte, die täglich das Internet nutzen.

Die Studie von CBOS zeigt auch, wofür das Internet eingesetzt wird. So ist der online-Einkauf von Kleidung, Elektrogeräten, Fahrzeugen, Lebensmitteln sowie

von Filmen, CDs und Computerspielen in den letzten fünf Jahren sprunghaft angestiegen. Hinzu kommen die Abwicklung von Bankgeschäften, die Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten, die Vereinbarung von Terminen etwa bei Ärzten und die Nutzung von Informationsangeboten der Medien.

Deutlich wird außerdem, welche Kommunikatoren bei der Internetnutzung in Polen eine große Rolle spielen. Dazu zählen insbesondere Messenger (Facebook), WhatsApp, Instagram, YouTube, Skype, Hangouts (Google) und LinkedIn und Sprach- und Textprogramme wie ChatGPT, Bard und Metaverse. In all diesen Fällen kommen Künstliche Intelligenz und spezielle Algorithmen ins Spiel, die von den Internetkonzernen für ihre Angebote und Dienstleistungen, für die von ihnen präsentierten Informationen und deren Gewichtung sowie für Werbestrategien eingesetzt werden.

Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen

Entwicklung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz ist insbesondere für die polnische Wirtschaft von großer Bedeutung. Internationale Investoren und die politisch Verantwortlichen in Warschau haben dies erkannt, was nicht zuletzt der von Intel geplante Bau einer Fabrik für Mikrochips in Niederschlesien zeigt. Immerhin ist Polen das Land mit der größten Volkswirtschaft unter den ostmitteleuropäischen Staaten, die im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetreten sind.

KI und die damit verknüpften Technologien haben das Potential, wirtschaftliche Strukturen wesentlich zu verändern. Sie können die Produktivität von Unternehmen steigern und betriebliche Abläufe rationalisieren und damit Kosten senken, sie stimulieren wirtschaftliches Wachstum und beeinflussen Marktstrukturen. Das hat Einfluss auf den Arbeitsmarkt und zieht Strukturveränderungen nach sich.

Wie aus einer Untersuchung der Fakultät für Management der Technischen Universität in Warschau hervorgeht, nutzten schon im Jahr 2019 annähernd 3 300 größere und mittlere polnische Unternehmen Künstliche Intelligenz. Deren Zahl dürfte sich seither deutlich vergrößert haben. Im Allgemeinen geht es um den Einsatz computergesteuerter Maschinen bis hin zu Robotern, die Modernisierung des betrieblichen Finanzwesens, Marketing und Vertrieb sowie Software für die betriebliche Sicherheit. Finanzstarke medizinische Versorgungszentren nutzen zunehmend Geräte für Computertomografie und andere anspruchsvolle medizinische Untersuchungen. So kann KI dazu beitragen, Krankheiten früher zu erkennen und verlässlicher zu diagnostizieren. Sprachmodelle sind in der Medizin eine große Chance, um mehr Leben retten oder Leiden verringern zu können.

Gerade in großen Unternehmen des Landes finden sich oft Gruppen von 40 oder gar 50 Spezialisten, die

ausschließlich daran arbeiten, KI für ihren jeweiligen Betrieb fruchtbar zu machen. Allein in Warschau setzen mehr als 40 Prozent aller Unternehmen solche Fachleute ein, die zum Teil vorher als Wissenschaftler an Universitäten gearbeitet haben.

Künstliche Intelligenz in Forschung und Lehre

Auch im Bereich der Wissenschaft, sowohl in der Forschung als auch der Lehre, findet Künstliche Intelligenz zunehmend Aufmerksamkeit. An verschiedenen Universitäten des Landes wurden Lehrstühle und andere wissenschaftliche Zentren eingerichtet, an denen sich Forscher und Lehrkräfte schwerpunktmäßig mit KI beschäftigen. Auch interuniversitäre Netzwerke sind entstanden. Insbesondere Wirtschaftswissenschaftler schalten sich zunehmend in die Debatte über die KI ein. Vorreiter in Sachen KI sind vor allem die Marie Curie-Skłodowska-Universität in Lublin, die Bergbau- und Hütten-Akademie in Krakau (Kraków), die Technischen Universitäten in Warschau, Breslau (Wrocław) und Gleiwitz (Gliwice) sowie die private Leon Koźmiński-Universität in Warschau. Mittlerweile bieten mehrere Universitäten Bachelor-Studiengänge in Künstlicher Intelligenz an.

So entstand an der genannten Lubliner Universität im Jahr 2022 ein Zentrum für Künstliche Intelligenz und die Entwicklung von Computern (Centrum Sztucznej Inteligencji i Modelowania Komputereowego). Die Forscher befassen sich sowohl mit mathematisch-technischen als auch mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fragestellungen, die sich aus der Nutzung von Künstlicher Intelligenz ergeben. Hier geht es sowohl um Forschung und Lehre an der Universität als auch um Wissensvermittlung in die Gesellschaft hinein und speziell an diejenigen gerichtet, die unternehmerisch und administrativ tätig sind. Die Mitarbeiter des Zentrums organisieren Diskussionsveranstaltungen an Schulen der Region, beraten Mitarbeiter der städtischen und regionalen Verwaltungen beim Einsatz von KI und stehen Vertretern von kleineren und größeren Unternehmen mit ihren Kenntnissen zur Verfügung.

Aus einer Untersuchung des staatlichen Zentrums zur Sammlung und Auswertung wissenschaftlicher Daten (Ośrodek Przetwarzania Informacji – Państwowy Instytut Badawczy – OPI/PIB) geht hervor, dass Wissenschaftler und andere KI-Fachleute bereits in den Jahren 2010 bis 2021 weltweit fast eine Million Texte zu dem Thema veröffentlicht haben, wobei knapp 14 000 von polnischen Autoren verfasst wurden. Unter den EU-Staaten stand Polen damit an fünfter Stelle hinter Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Weltweit führend waren China (257 000 Publikationen), die USA (140 000) und Indien (105 000), weit abgeschlagen Deutschland (knapp 37 000), Frankreich (knapp

29 000), Italien (annähernd 28 000) und Spanien (mehr als 26 000).

Eine Umfrage des OPI unter polnischen Wissenschaftlern, die sich vorrangig mit KI beschäftigen, ergab, dass sich die deutliche Mehrheit von ihnen (knapp 75 Prozent) positive Effekte von KI verspricht. Bei den Wissenschaftlern, die sich nicht oder nur am Rande mit KI befassen, lag dieser Anteil bei 41 Prozent. Optimistisch äußerten sich vor allem Vertreter der technischen und der Ingenieurwissenschaften sowie der Kommunikations- und der Wirtschaftswissenschaften. Skeptisch kam eher aus dem Bereich der Geisteswissenschaften. Generell vertraten 82 Prozent der Befragten die Befürchtung, dass der Staat KI nutzen könnte, um die Bürger auszuhorchen und zu überwachen, und dass in diesem Zusammenhang die Privatsphäre gefährdet werden könne.

Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung

Was die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung angeht, hat Polen in den letzten Jahren schon viel erreicht (siehe auch [Polen-Analysen 312](#)). Das resultiert insbesondere aus den Bemühungen des Ministeriums für Digitalisierung, das im August 2018 ein Programm der Integrierten Informatisierung des Staates (*Program Zintegrowanej Informatyzacji Państwa*) vorgelegt hatte. Ziel dieses Programms, das zwei Jahre später aktualisiert wurde, ist der Aufbau eines zentralen online-Verwaltungsportals, das die Bürger landesweit über die Aufgabenbereiche der Behörden informieren und ihnen Zugang zu allen angebotenen Dienstleistungen ermöglichen soll.

Schon jetzt können die Bürger Polens mehrere Hundert digitale Angebote des öffentlichen Dienstes auf den verschiedenen Verwaltungsebenen nutzen. Dazu zählt z. B. das Internetportal obywatel.gov.pl, über das man diverse Behördengänge erledigen kann, insbesondere die Ausstellung von Geburts- und Sterbeurkunden, Pässen, Personalausweisen und Führerscheinen. Auch werden Informationen über Formalitäten bei Reisen ins Ausland, Informationen über Schulen und Kindergärten, staatliche finanzielle Unterstützungsleistungen für Familien, Steuern u. ä. bereitgestellt. Weitere online-Plattformen öffentlicher Behörden sind Plattform *Usług Administracji Publicznej (ePUAP)* und Plattform *Usług Elektronicznych Zakładu Ubezpieczeń Społecznych (PUE ZUS)*.

Aus einer vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) durchgeführten Untersuchung geht hervor, dass der Stand der Digitalisierung in Regierungsbehörden wie der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS), der Staatlichen Finanzaufsicht

(Komisja Nadzoru Finansowego – KNF) und dem Staatlichen Rehabilitierungsfonds für Menschen mit Behinderungen (Państwowy Fundusz Rehabilitacji Niepełnosprawnych – PFRON) weiter fortgeschritten ist als in den Ministerien der Zentralregierung. Sehr unterschiedlich dagegen ist das Niveau der Digitalisierung in den lokalen Behörden, was insbesondere in kleineren Gemeinden auf die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten, die mangelnde Kompetenz der Kommunalbeamten bei der Beschaffung technischer Ausrüstung und die unzureichenden Kenntnisse der Angestellten hinsichtlich der Digitalisierung zurückzuführen ist.

Da, wo Digitalisierung systematisch durchgeführt wird, zeigt sich in der Regel, dass sich die Arbeit der Angestellten verbessert und ihre Leistungsbereitschaft zunimmt. Ebenso kommt es zu einer stärkeren Vereinheitlichung von Verwaltungsabläufen, die zudem transparenter sind, weil Dokumente digital archiviert werden und deshalb leichter zugänglich sind. Gleichzeitig steigen das Tempo und die Intensität der Arbeit. Hinzu kommen verstärkt auftretende gesundheitliche Probleme, die vor allem auf die längere sitzende Tätigkeit vor dem Bildschirm zurückzuführen sind. Die erhöhte Arbeitsintensität und die Eintönigkeit der Tätigkeit sorgen für Stress und Ermüdung, was langfristig auch zu Burn out führen kann. Ständige Arbeit am Computer kann Entfremdung unter Kollegen und insgesamt das Gefühl der sozialen Vereinsamung hervorrufen.

Natürlich gibt es auch in Polen eine Diskussion darüber, welche Folgen für die Beschäftigung durch den Einsatz von KI zu erwarten sind. Tatsächlich kommt es durch die Substitution von arbeits- und kapitalintensiven Produktionsverfahren zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem in niedrig- und mittelqualifizierten Tätigkeiten mit einem hohen Anteil an Routinearbeit. Allerdings kann sich die Einführung neuer Technologien auch in höherer Produktivität, sinkenden Preisen und einer dadurch steigenden Nachfrage niederschlagen, was wiederum einen positiven Effekt auf die Nachfrage nach Arbeitskräften haben kann. Betroffen von der Automatisierung sind vor allem Tätigkeiten in der Produktion, der Verwaltung, im Verkauf sowie im Bereich Logistik- und Transportdienstleistungen. Geringer ist das Risiko im Fall von Installations-, Wartungs- und Reparaturarbeiten. Am wenigsten tangiert sind Tätigkeiten, die Kreativität und soziale Intelligenz erfordern, sowie Fähigkeiten, die im Gesundheitswesen, im Bereich der Bildung und der Medien von Bedeutung sind.

Was wissen die Bürger?

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass Begriffe wie Algorithmen und Künstliche Intelligenz inzwischen eine gewisse Rolle im Denken vieler Men-

schen in Polen spielen. Es steigt die Zahl derer, die mit diesen Begriffen vertraut sind und wissen, wo sie zu verorten sind. Aber es herrscht auch eine große Unsicherheit darüber, wie die Auswirkungen digitaler Technologien zu bewerten sind. Viele Menschen haben keine eindeutige Meinung zu der Frage, ob sich daraus für sie persönlich oder für die Gesellschaft letztlich mehr Voroder mehr Nachteile ergeben.

Aufschlussreich sind die Arbeitsergebnisse des staatlichen Computer-Forschungsnetzwerks (Naukowa i Akademicka Sieć Komputerowa – NASK), das sich mit Fragen der Datensicherheit im Internet, der Gewährleistung des Schutzes für die Nutzer und der Effektivität elektronischer Prozesse befasst. Das Institut steht unter der Aufsicht des Ministeriums für Digitalisierung. Aus einer auf Befragungen basierenden Untersuchung des NASK geht hervor, dass fast 90 Prozent der Internetnutzer schon einmal mit dem Begriff »Künstliche Intelligenz« in Berührung gekommen sind. Annähernd 56 Prozent waren der Auffassung, dass sie als durchschnittliche Bürger das Wirken entsprechender Technologien letztendlich nicht beeinflussen könnten. Gut 50 Prozent der Befragten sagten, dass KI Einfluss auf ihr tägliches Leben habe. Das gelte insbesondere für die Informationsbeschaffung, die Erziehung und Bildung der Kinder, den online-Handel, die Steuerung von PKW, die Kontrolle des Energieverbrauchs, die Abläufe am Arbeitsplatz und die Nutzung von Computerspielen.

Geht es um die positiven Auswirkungen der Nutzung von KI, dann verwiesen 34 Prozent der Befragten auf eine Anhebung des Lebensstandards, mehr Datensicherheit im Netz (33 Prozent), weniger Unfälle am Arbeitsplatz (32,7 Prozent) und die verbesserte Qualität von Dienstleistungen (30,3 Prozent). Die größten Nutznießer der technologischen Revolution seien die globalen Internetkonzerne (53,9 Prozent), große Firmen (52 Prozent), die Spezialisten der IT-Branche (47,4 Prozent) sowie Universitäten und Wissenschaftler insgesamt (40 Prozent).

Andererseits befürchten viele polnische Internetnutzer, dass sie einer permanenten Überwachung unterliegen könnten und damit ihre Privatsphäre beeinträchtigt werde (60,5 Prozent), dass die Arbeitslosigkeit zunehme (40,1 Prozent) und sie Cyberattacken unterliegen könnten (37,7 Prozent). Deshalb müssten detaillierte rechtliche Vorschriften für die Nutzung Künstlicher Intelligenz erlassen werden. Das gelte besonders für die Sicherheit persönlicher Daten im Internet (57,4 Prozent) und den Schutz der Privatsphäre (47,8 Prozent). Verantwortlich für die Durchsetzung solcher Vorschriften seien das Parlament und die Regierung (53,7 Prozent) sowie internationale Organisationen (48,9 Prozent).

Bei den Forschungsergebnissen des NASK fällt auf, dass sie ähnlich ausfallen wie etwa die des deutschen

Instituts für Demoskopie Allensbach, insbesondere wenn es um Ängste und Befürchtungen der Menschen hinsichtlich der Künstlichen Intelligenz geht. Generell zeigt sich auch in der öffentlichen Debatte in Polen eine ähnliche Polarisierung wie in anderen westlichen und östlichen Staaten der EU. Euphorie oder zumindest Optimismus bzw. Vertrauen in die elektronische Technik auf der einen Seite, Ängste und Befürchtungen oder Skepsis andererseits.

Resonanz in den Medien

Zunehmend befassen sich auch die Medien mit der Künstlichen Intelligenz und publizieren Berichte, Reportagen und Analysen zu diesem Thema. Das gilt sowohl für Zeitungen sowie Fernseh- und Radiosender, die sich allgemein an das polnische Publikum wenden, als auch für Publikationen, die sich an eine bestimmte Zielgruppe richten. Dazu zählt z. B. die Zeitschrift *Wspólnota*, ein Organ der regionalen Selbstverwaltung, in der bereits intensiv über Nutzen und Gefahren des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz bei der Bewältigung der administrativen Aufgaben und der Dienstleistungen diskutiert wurde. Vorgestellt wurde z. B. das Projekt »*Smart City*«, ein elektronisches, KI-gestütztes Programm, das die Stadtverwaltung in Krakau nutzt.

In überregionalen Zeitungen wie der *Rzeczpospolita* kommen Protagonisten der Künstlichen Intelligenz wie der bereits genannte Jacek Krawczyk zu Wort. Krawczyk setzt große Hoffnungen auf KI, fordert aber auch eine intensivere öffentliche Debatte über juristische und andere Kontrollvorschriften, um Gefahren eindämmen zu können, die von dem internationalen online-Auftritt der großen IT-Konzerne ausgehen. Ähnlich äußerte sich Piotr Harasimowicz, Gründer der auch in Polen tätigen Firma Vector Synergy, die sich mit Datensicherheit im Internet befasst. Harasimowicz verwies nicht zuletzt auf die Möglichkeit, mit Hilfe bestimmter Technologien Einfluss auf noch unentschlossene Wähler im Vorfeld von Wahlen zu nehmen.

Einen interessanten Beitrag veröffentlichte der polnische Zeichner, Maler und Satiriker Patryk Sroczyński in der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, in dem er sich Gedanken darüber machte, ob denn Computer via Künstliche Intelligenz eines Tages in der Lage sein könnten, menschliche Fähigkeiten und Emotionen wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, Verantwortungsbewusstsein, Humor und Ironie zu zeigen, so dass sie zu einer tödlichen Konkurrenz für Künstler werden könnten. Sroczyński gab sich optimistisch und meinte, dass dies wohl eher nicht der Fall sein werde. Das Wochenmagazin *Polityka* verwies in einem Artikel eindrucksvoll auf die unglaubliche Fülle von Personaldaten, die bereits in Ministerien, bei den Sicherheitsdiensten, der Polizei und der staatlichen Krankenversicherung angehäuft

wurden und die bei unsachgemäßer Nutzung auch zur Kontrolle und Überwachung der Bürger eingesetzt werden können.

Insbesondere Wissenschaftler, die an den Universitäten über Künstliche Intelligenz forschen, melden sich in den Medien zu Wort. Unter ihnen sind sowohl Naturwissenschaftler als auch Juristen, Soziologen und Philosophen. Der Anthropologe Waldemar Kuligowski thematisiert in seinen Seminaren Künstliche Intelligenz mit Blick auf Sprach- und Textprogramme. Mehr als 30 Wissenschaftler äußern sich in der 520 Seiten starken Publikation »*Prawo sztucznej inteligencji i nowych technologii*« [Rechtliche Aspekte der Künstlichen Intelligenz und neuer Technologien] zu diversen rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Aspekten der Nutzung Künstlicher Intelligenz.

Ausblick

Somit stellt sich die Frage, was bisher erreicht wurde und was nicht. Einerseits ist Künstliche Intelligenz schon heute in Polen ein wichtiger Faktor im Leben vieler Menschen, andererseits gibt es in diversen Bereichen noch viel zu tun, was die Digitalisierung und damit die Nutzung »intelligenter« technologischer Systeme angeht. Das Ausmaß der Aufgaben wird deutlich, wenn man das Dokument »Die Politik zur Entwicklung Künstlicher Intelligenz in Polen seit dem Jahr 2020« (*Polityka dla rozwoju sztucznej inteligencji w Polsce od roku 2020*) zur Kenntnis nimmt, das die Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki im Dezember 2020 verabschiedet hat. Hier werden auf mehr als 70 Seiten zahlreiche Aufgaben benannt, die kurz-, mittel- und langfristig erledigt werden sollen. Strategisch werden sechs Themenbereiche benannt: die weitere digitale Ausstattung der Gesellschaft, die Nutzung Künstlicher Intelligenz durch innovative Unternehmen, Wissenschaft und Umsetzung von Forschungsergebnissen, Künstliche Intelligenz im Rahmen der Ausbildung, internationale Kooperation und die fortgesetzte Digitalisierung des öffentlichen Sektors.

Die Autoren des Dokuments gehen davon aus, dass die verstärkte Nutzung Künstlicher Intelligenz die Dynamik des polnischen Bruttoinlandsprodukts um mehr als zwei Prozent jährlich steigern könnte. Dank der Anwendung von KI-Lösungen könnten bis 2030 fast 50 Prozent der Arbeitszeit automatisiert werden. Als Resultat würden neue, besser vergütete Arbeitsplätze entstehen. Ein wichtiger Aspekt sei die Wertsteigerung heimischer Technologien in globalen Lieferketten. Bei all dem müsse der ethischen Dimension Aufmerksamkeit geschenkt werden, was die menschliche Würde und Verantwortung umfasse. Dabei spielten auch rechtliche Fragen und technisch-organisatorische Standards, unter anderem Definitionen und Normen für die Datenver-

waltung und Zertifizierung, eine wichtige Rolle. Deutlich wird, dass sich auch die neue Regierung der Herausforderung durch die Künstliche Intelligenz stellen müssen.

Der Index für den Digitalisierungsgrad der einzelnen EU-Staaten (DESI) zeigt, wo Polen im europäischen Umfeld steht. Der Index bewertet mit Hilfe eines Punktesystems die Fortschritte der Mitgliedsstaaten in den Bereichen Konnektivität, also Vernetzung der Gesellschaft mit dem Internet bzw. Informations- und Kommunikationstechnologien, digitale Kompetenzen, Nutzung des Internets durch Privatpersonen, Integra-

tion digitaler Technik durch Unternehmen und Digitalisierung der öffentlichen Dienste. Nach DESI 2022 beträgt der Durchschnittswert 52,28 Punkte. In der Spitzengruppe rangieren Finnland, Dänemark, die Niederlande, Schweden und Irland mit Werten zwischen 69,60 und 62,73, während im breiten Mittelfeld Estland, Österreich, Frankreich, Deutschland und Litauen mit Ergebnissen zwischen 56,51 und 52,71 Punkten vertreten sind. Polen gehört mit 40,55 Punkten zum unteren Drittel, zusammen u. a. mit Kroatien, Ungarn und Griechenland.

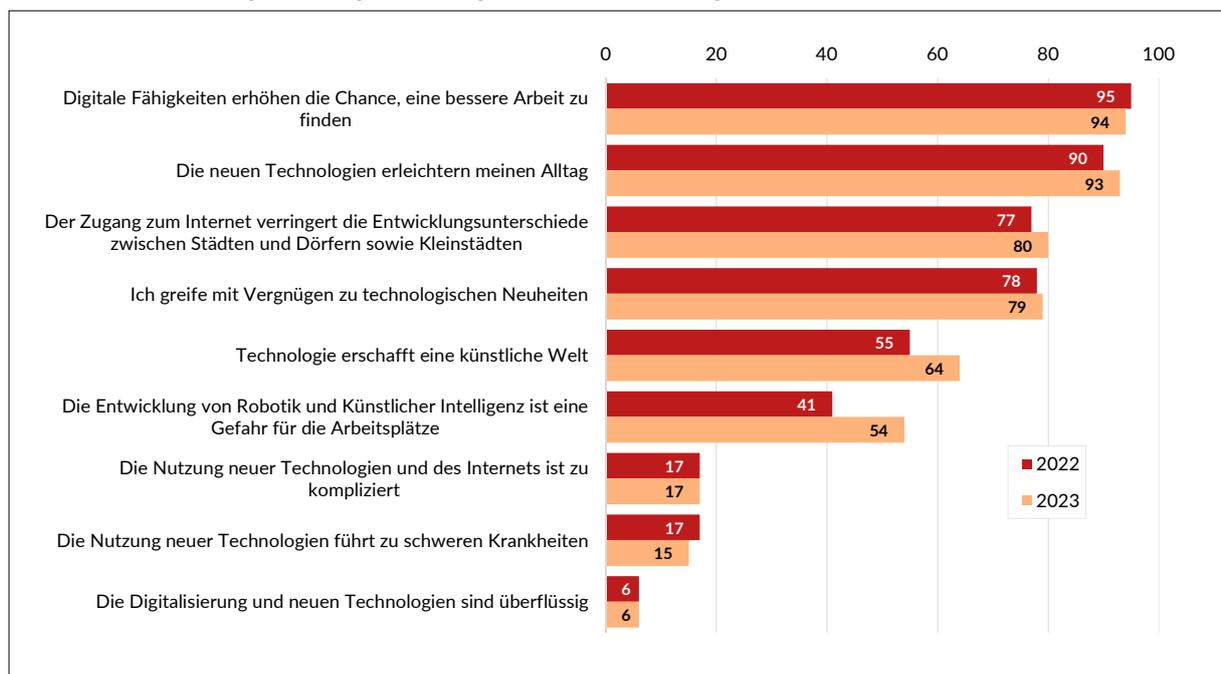
Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist und lebt in Warschau. Zuletzt erschien von ihm »Polen im 21. Jahrhundert. Angekommen im europäischen Gemeinwesen – oder unterwegs auf nationalistischen Sonderwegen?«, Baden-Baden 2023.

UMFRAGEN

Einstellungen der polnischen Gesellschaft zur Künstlichen Intelligenz

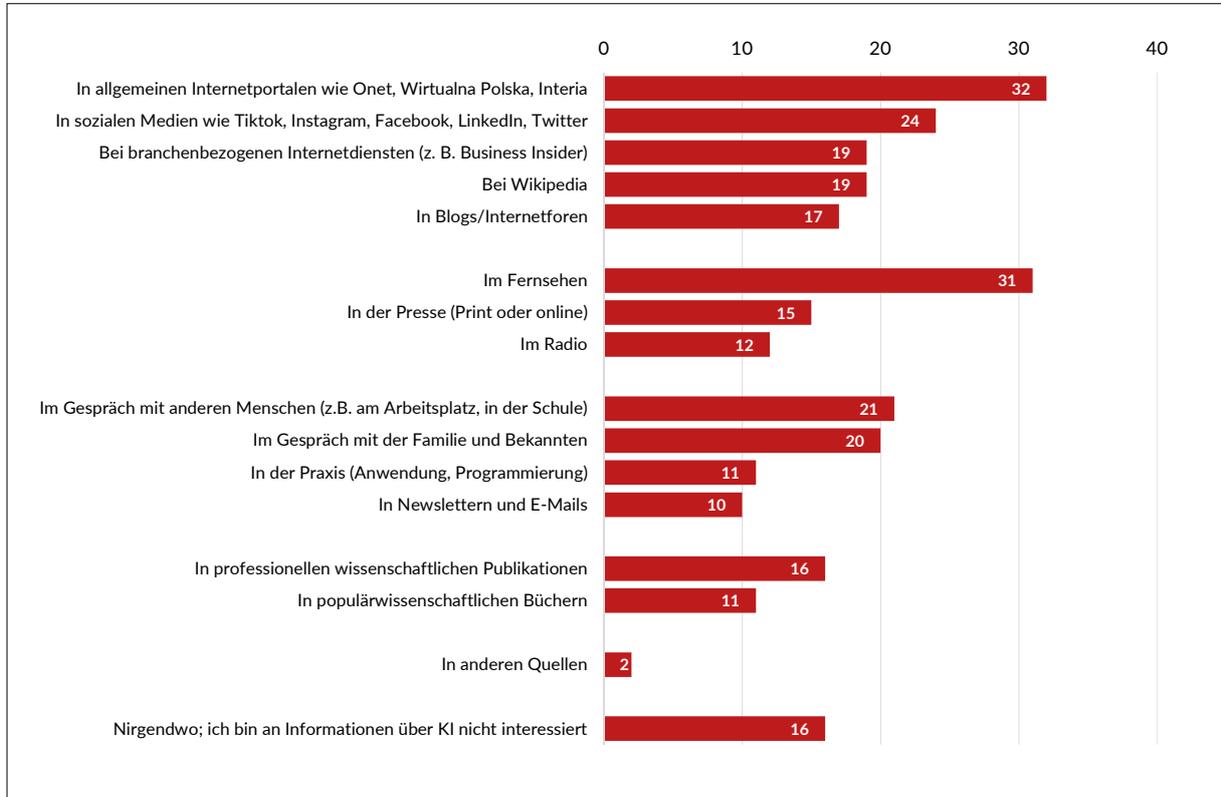
Grafik 1: Einstellungen zur Digitalisierung und neuen Technologien



Anm.: Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0? [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?]* Warszawa 10/2023. S. 34. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

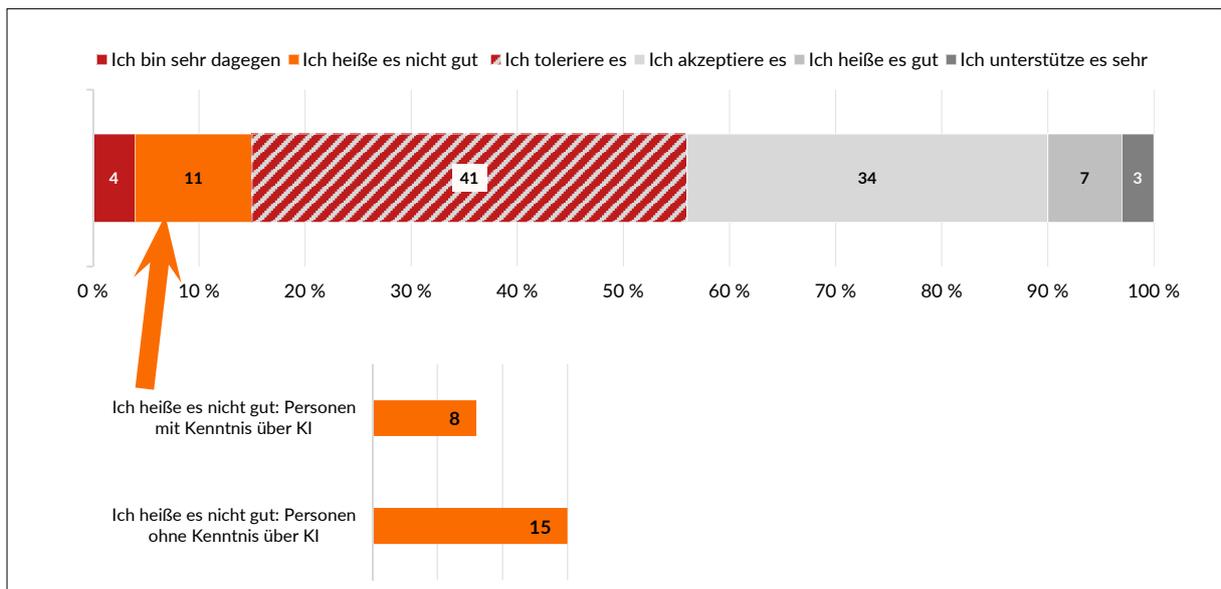
Grafik 2: Informationsquellen zum Thema Künstliche Intelligenz. Wo wurden/werden Informationen über KI gesucht? (%)



Anm.: Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

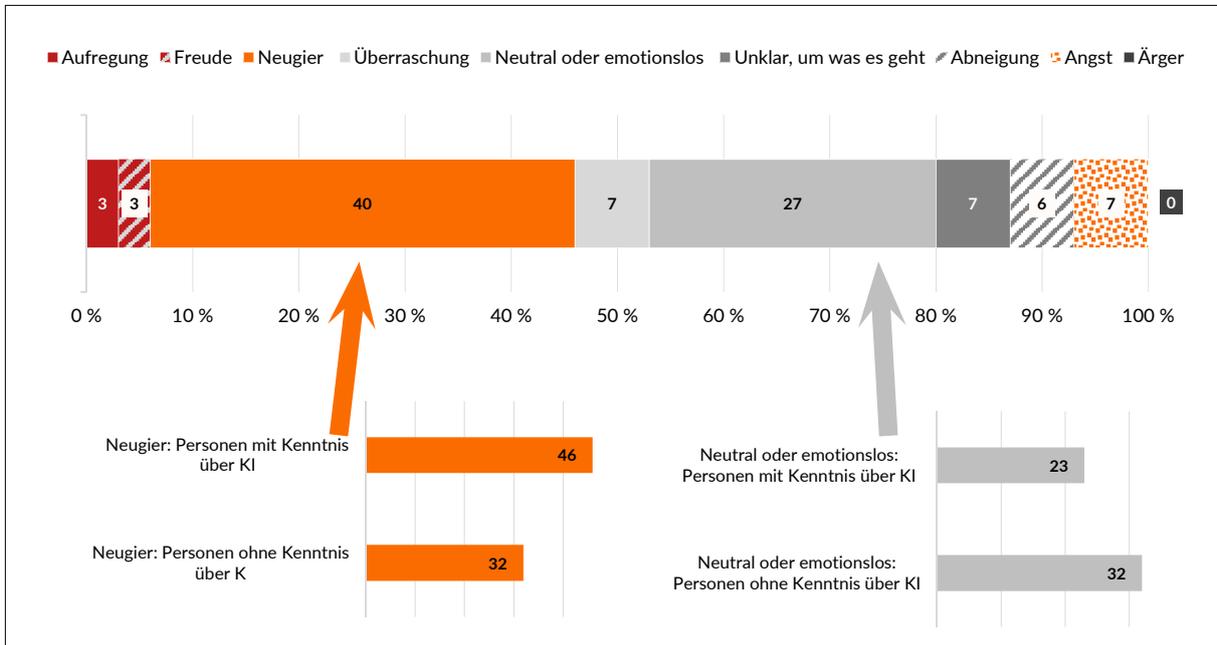
Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0? [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?]* Warszawa 10/2023. S. 65. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Grafik 3: Die Einstellung der polnischen Gesellschaft, Künstliche Intelligenz im Alltag und bei der Arbeit zu nutzen (%)



Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0? [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?]* Warszawa 10/2023. S. 71. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Grafik 4: Emotionen, die das Thema Künstliche Intelligenz in der polnischen Gesellschaft hervorruft (%)



Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0?* [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?] Warszawa 10/2023. S. 72. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Tabelle 1: Meinungen zum Thema Künstliche Intelligenz (%)

	Ich stimme eindeutig zu	Ich stimme zu	Ich stimme weder zu noch stimme ich nicht zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme eindeutig nicht zu
Produkte und Dienstleistungen, die Künstliche Intelligenz (KI) einsetzen, sammeln zu viele Daten über mich und die Gesellschaft	22	39	31	7	1
Es gibt sehr viele Unbekannte im Bereich der Entwicklung Künstlicher Intelligenz	20	44	28	7	1
KI-Systeme können der Gesellschaft helfen, Probleme zu lösen, vor denen Polen steht, z. B. Ärztemangel, zu wenige Fahrer, Klimawandel, Energietransformation usw.	9	30	42	16	3
Produkte und Dienstleistungen, die Künstliche Intelligenz einsetzen, erleichtern mir das Leben	8	39	43	8	2
Produkte und Dienstleistungen, die Künstliche Intelligenz einsetzen, sind nicht notwendig	6	11	44	33	6
Produkte und Dienstleistungen, die Künstliche Intelligenz einsetzen, haben mehr Vor- als Nachteile	5	26	54	12	3
Ich vertraue mehr den Firmen, die KI einsetzen, als denen, die nicht KI einsetzen	4	13	52	23	8

Anm.: Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0?* [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?] Warszawa 10/2023. S. 74. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Tabelle 2: Bereiche, die besondere Aufmerksamkeit und Entwicklung erfordern, damit die Gesellschaft Künstliche Intelligenz als vertrauenswürdig ansieht (%)

Entsprechende Aufsicht des Menschen über die Entwicklung von KI-Systemen	40
Gewährleistung der privaten Datensicherheit	39
Resilienz gegen Hackerangriffe und hohe Cybersicherheit	35
Anwendungssicherheit und Resilienz der KI gegen Fehler	25
Transparenz, Erklärbarkeit des Funktionierens von Algorithmen	22
Kenntnis der Gesellschaft über KI-Systeme	19
Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Inklusion und kein diskriminierendes Vorgehen der Algorithmen	18
Achten des intellektuellen Eigentums sowie der Autorenrechte für die Daten und Algorithmen	17
Risikomanagement sowie eine Strategie zur Begrenzung eines negativen Einflusses (einer Folge)	16
Rechenschaft und Möglichkeit, die erhaltenen Ergebnisse infrage zu stellen	13
Keine	10
Keine: Personen mit Kenntnis über KI	2
Keine: Personen ohne Kenntnis über KI	18

Anm.: Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0? [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?]* Warszawa 10/2023. S. 86. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Tabelle 3: Wann wird die Entwicklung Künstlicher Intelligenz die Wirtschaft, die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt deutlich verändern? (%)

Sie verändert sie bereits	30
In 5 Jahren	13
In 5-10 Jahren	17
In 10-20 Jahren	13
In 20-40 Jahren	5
In 40-100 Jahren	2
In 100 Jahren	0
Sie wird sie nicht verändern	1
Ich weiß nicht/schwer zu sagen	17
Ich weiß nicht/schwer zu sagen: Personen mit Kenntnis über KI	8
Ich weiß nicht/schwer zu sagen: Personen ohne Kenntnis über KI	27

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0? [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?]* Warszawa 10/2023. S. 91. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

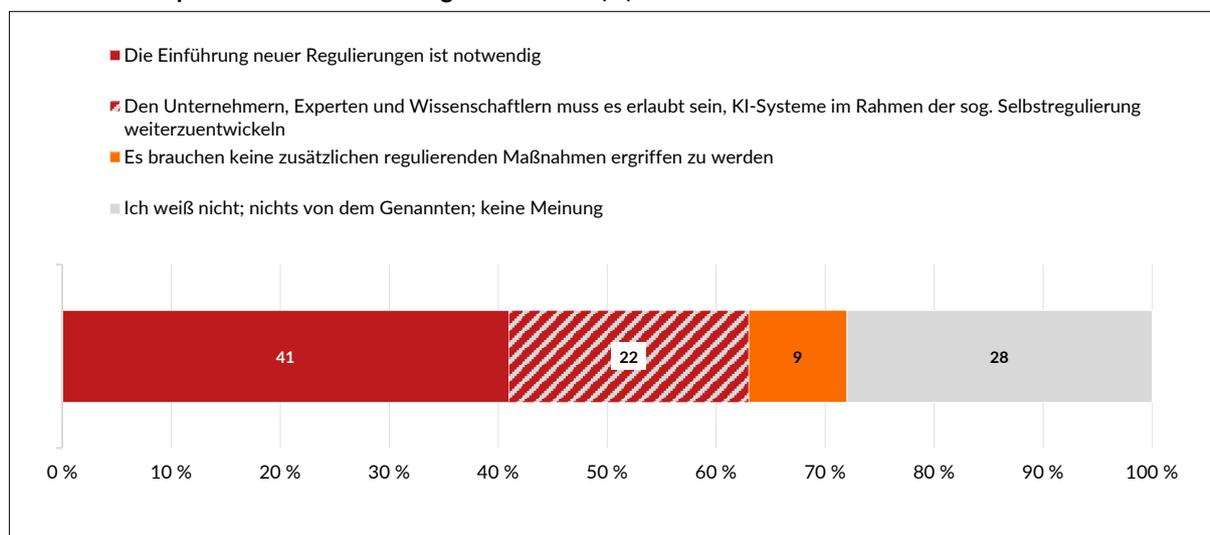
Tabelle 4: Institutionen, denen am meisten Vertrauen bei der Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz entgegengebracht wird (%)

Staatliche Universitäten und Forschungseinrichtungen (z. B. Universität Warschau)	30
Internationale Forschungsorganisationen (z. B. CERN)	29
Internationale Technologieunternehmen wie Google, Meta, Microsoft, Amazon	22
Unabhängige Organisationen und private Forschungseinrichtungen	21
Militär und Geheimdienste	15
Polnische Unternehmen (z. B. PKO, BP, CCC, Cyfrowy Polsat)	12
Regierung/Zentralverwaltung	11
Lokale Nichtregierungsorganisationen (z. B. Stiftungen und Verbände)	10
Meine lokale Selbstverwaltung/Behörden	9
Andere	1
Keine der Genannten	27
Keine der Genannten: Personen mit Kenntnis über KI	18
Keine der Genannten: Personen ohne Kenntnis über KI	37

Anm.: Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0?* [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?] Warszawa 10/2023. S. 93. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Grafik 5: Art und Weise, eine angemessene Entwicklung der Künstlichen Intelligenz für die Gesellschaft und die polnische Wirtschaft zu gewährleisten (%)



Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0?* [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?] Warszawa 10/2023. S. 112. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

Tabelle 5: Wozu sollten öffentliche Einrichtungen Künstliche Intelligenz einsetzen? (%)

Automatische Warnung der Bürger vor Naturkatastrophen (z. B. Gefahr von Überschwemmungen)	44
Informierung der Bürger über behördliche Angelegenheiten (z. B. teilt das KI-System mit, welcher Antrag im Finanzamt oder bei der Sozialversicherungsanstalt gestellt werden muss)	34
Unterstützung der Bürger beim Ausfüllen von Behördenformularen (z. B. automatisches und personalisiertes Ausfüllen der jährlichen Steuererklärung)	32
Telefonische Weiterleitung an den entsprechenden Behördenmitarbeiter aufgrund der Befragung des Anrufers	29
Vermittlung touristischer Informationen mittels Chatbot (virtueller Assistent)	24
Personenerkennung im öffentlichen Raum mit Blick auf potentielle Straftaten	22
Optimierung der Arbeit von Behördenmitarbeitern (z. B. mit Hilfe automatischer Überprüfungen und Bewilligungen im Bereich Immobilien)	21
Erkennung von Autonummernschildern, für die kein Parkschein in den Städten gekauft wurde	20
Überwachung der elektronischen Kommunikation der Bürger (z. B. E-Mails, Chatdienste) mit Blick auf potentielle terroristische Straftaten	19
Entscheidung über den Erhalt von Sozialleistungen (z. B. 500+, Beihilfen)	14
Entscheidung über die Zulassung zur Schule oder zur Hochschule	12
Der öffentliche Sektor sollte KI-Systeme überhaupt nicht einsetzen	6
Ich weiß nicht; schwer zu sagen	20
Ich weiß nicht; schwer zu sagen: Personen mit Kenntnis über KI	11
Ich weiß nicht; schwer zu sagen: Personen ohne Kenntnis über KI	31

Anm.: Die Befragten konnten maximal fünf Antworten geben.

Quelle: Fundacja digitalpoland (Hg.): *Technologia w służbie społeczeństwu. Czy Polacy zostaną społeczeństwem 5.0?* [Technologie im Dienst der Gesellschaft. Werden die Polen eine Gesellschaft 5.0?] Warszawa 10/2023. S. 119. <https://digitalpoland.org> (abgerufen am 04.01.2024).

CHRONIK

05. Dezember 2023 – 15. Januar 2024

05.12.2023	Das Außenministerium teilt mit, dass der polnische Volkstanz Polonaise vergangene Woche in die von der UNESCO geführte Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit eingetragen wurde.
07.12.2023	Krzysztof Paszyk, Fraktionsvorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), und Mirosław Suchoń, Fraktionschef von Polen 2050 (Polska 2050), unterzeichnen eine Vereinbarung über gemeinsame Fraktionssitzungen, die enge Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Gesetzesvorhaben und die Abstimmung gemeinsamer Positionen. Die PSL und Polen 2050 haben bereits vor den Parlamentswahlen im Oktober das Bündnis Dritter Weg (Trzecia Droga) geschlossen, sie bilden aber jeweils eine eigene Fraktion im Sejm.
08.12.2023	Der Senat stimmt mit 59 Stimmen (23 Gegenstimmen, drei Enthaltungen) für ein Gesetz zur Finanzierung von In-vitro-Fertilisation aus dem öffentlichen Haushalt.

11.12.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) verliert im Sejm sein Regierungsexposé. Die Vertrauensabstimmung im Anschluss verliert seine Regierung bei 266 Gegenstimmen und 190 Ja-Stimmen. Die PiS hat in den Parlamentswahlen im Oktober zwar die meisten Stimmen erhalten, doch das bereits geschlossene Bündnis aus Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Dritter Weg (Trzecia Droga) und Neue Linke (Nowa Lewica) hat die Mehrheit im Sejm.
11.12.2023	Der Sejm erteilt Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) den Auftrag zur Regierungsbildung mit 248 Ja-Stimmen und 201 Nein-Stimmen. Es gibt keine Enthaltungen. Die absolute Mehrheit beträgt 225 Stimmen.
12.12.2023	Der designierte Ministerpräsident Donald Tusk stellt im Sejm sein Regierungsexposé vor. Er betont die Wiederherstellung und Einhaltung der Prinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und will Polen zu einem Anführer in der Europäischen Union machen.
12.12.2023	Grzegorz Braun, Sejmabgeordneter der rechtsnationalistischen Partei Konföderation (Konfederacja), löscht mit einem Feuerlöscher die Kerzen des Chanukka-Leuchters im Sejmgebäude. Das Chanukka-Fest ist ein jährlich wiederkehrendes religiöses Gedenkfest der jüdischen Kultur. Braun, der sich anschließend an das Rednerpult des Sejm begibt, wird von Sejmmarschall Szymon Hołownia von der Sitzung des Sejm ausgeschlossen. Hołownia übergibt die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft wegen Störung eines religiösen Rituals.
13.12.2023	Präsident Andrzej Duda vereidigt die Regierung des am Vortag gewählten Ministerpräsidenten Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO). Außenminister ist Radosław Sikorski (PO), Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz (Polnische Bauernpartei/Polnische Stronnictwo Ludowe – PSL) und Innenminister Marcin Kierwiński (PO). Duda erklärt seine Bereitschaft, sich mit allen Ministern der neuen Regierung zu treffen, insbesondere mit denen, mit denen er gemäß der Verfassung enger zusammenarbeiten wird.
15.12.2023	EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teilt nach dem Antrittsbesuch von Ministerpräsident Donald Tusk in Brüssel mit, dass Brüssel bereit sei, Polen 5 Mrd. Euro aus den bisher eingefrorenen Geldern für den Landesaufbauplan (Krajowy Plan Odbudowy – KPO) zu zahlen. Brüssel hatte die Bereitstellung der Gelder von der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen abhängig gemacht.
16.12.2023	Der Politische Rat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) erteilt die Erlaubnis, dass sich die PiS mit der Republikanischen Partei (Partia Republikańska) zusammenschließen kann. PiS-Chef Jarosław Kaczyński betont die Notwendigkeit, dass sich rechte und patriotische Kräfte zusammenschließen. So solle dem unter der neuen Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk stattfindenden Anschlag auf die polnische Demokratie entgegengetreten werden, sagt Kaczyński.
18.12.2023	Das Verteidigungsministerium teilt mit, dass auf Beschluss von Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz der von der Vorgängerregierung eingerichtete Unterausschuss zur erneuten Untersuchung des Flugzeugunglücks von Smolensk (2010) aufgelöst wurde. Die Mitglieder des Ausschusses hätten das Gebäude verlassen und die Räume seien gesichert und verplombt worden. Angekündigt wird die Einberufung einer Sondergruppe, die die Tätigkeit des Unterausschusses untersuchen soll.
19.12.2023	Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz entlässt die Leitungen des Fernsehsenders TVP, des Polnischen Radio PR sowie der Polnischen Presseagentur PAP. Er beruft neue Aufsichtsräte, die neue Vorstände berufen. Die drei Einrichtungen sind zu 100 Prozent Gesellschaften des Staatsschatzes und wurden unter der Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu Sprachrohren für deren Politik umgebaut. Kritiker warfen der PiS-Regierung daher vor, die öffentlichen Medien für ihre Zwecke zu missbrauchen. PiS-Politiker, u. a. der vormalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, demonstrieren im Gebäude des TVP gegen die Neuordnung der Medien. Morawiecki wirft der Regierung vor, nicht verfassungskonform zu handeln.
20.12.2023	In einem im Nachrichtendienst X veröffentlichten Brief ruft Präsident Andrzej Duda, der der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nahesteht, Ministerpräsident Donald Tusk und sein Kabinett auf, die Rechtsordnung zu wahren. Hintergrund ist ein Beschluss des Sejm, auf dessen Grundlage Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz am Vortag die Leitung des Fernsehsenders TVP, des Polnischen Radio PR sowie der Polnischen Presseagentur PAP ausgetauscht hat. Duda argumentiert, dass ein Sejmbeschluss kein verbindlicher Rechtsakt im Sinne der Verfassung sei. Vielmehr sei der Nationale Medienrat (Rada Mediów Narodowych) das Organ, das personelle Neubesetzungen veranlassen dürfe. Um dies zu ändern, sei eine Gesetzesänderung erforderlich. In seiner Antwort an Duda im Nachrichtendienst X schreibt Tusk, das Vorgehen habe zum Ziel, die Rechtsordnung und gewöhnlichen Anstand im öffentlichen Leben wiederherzustellen. Tusks Vorgängerregierung unter der Partei PiS hatte in ihrer Regierungszeit die öffentlichen Medien für ihre Politik instrumentalisiert.

20.12.2023	Der Sejm beschließt mit 373 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen, den Abgeordneten der Konföderation (Konfederacja) Grzegorz Braun aus dem Verteidigungsausschuss und dem EU-Ausschuss abzu-berufen. Anlass ist, dass Braun in der vergangenen Woche die Kerzen am Chanukka-Leuchter im Sejm mit einem Feuerlöscher mutwillig gelöscht hat. Die Konföderation hatte Braun einen Tag nach dem Vorfall seiner Mitgliedsrechte in der Fraktion enthoben, außerdem darf Braun keine Reden mehr im Sejm halten.
20.12.2023	Das Kreisgericht (Sąd Okręgowy) Warschau verurteilt den ehemaligen Chef des Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), Mariusz Kamiński, und den ehemaligen Vizechef des CBA, Maciej Wąsik, in einem Berufungsverfahren zu zwei Jahren Freiheitsentzug wegen Amtsmissbrauchs im Rahmen einer Korruptionsaffäre (sog. »Boden-Affäre«) im Jahr 2007. Die Urteile sind rechtskräftig. Die bereits im Jahr 2015 noch nicht rechtskräftig Verurteilten hatte Präsident Duda damals begnadigt, was Rechtsexperten zufolge rechtlich jedoch gar nicht möglich sei. Nach dieser Begnadigung haben beide Ämter in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) übernommen; Kamiński war Innenminister und Wąsik Koordinator für die Geheimdienste im Innenministerium. Infolge der Parlamentswahlen im Oktober 2023 und der Bildung einer neuen Regierung haben sie Abgeordnetenmandate inne.
21.12.2023	Der polnische Fotograf und Dokumentarfilmer Patryk Jaracz erhält den ersten Preis für das UNICEF Foto des Jahres 2023. Jaracz, der in der Ukraine den russischen Angriffskrieg dokumentiert, hält auf dem Bild spielende Kinder auf einer Wiese in der Oblast Riwna im Nordwesten der Ukraine fest; im Hintergrund steht ein Öllager in Brand, das von einer russischen Drohne getroffen wurde.
22.12.2023	Außenminister Radosław Sikorski begibt sich zu seinem ersten Auslandsbesuch im Amt nach Kiew (Ukraine), wo er sich mit seinem Amtskollegen Dmytro Kuleba, dem Präsidenten der Ukraine Wolodymyr Selenskyj, Verteidigungsminister Rustem Umjerow und dem Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Daniłow, trifft. Themen der Gespräche sind die finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg, die Perspektive der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und in der NATO und Möglichkeiten der vertieften polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der Ukraine. Sikorski betont in einer Pressekonferenz, dass dies der letzte Kolonialkrieg Russlands sei; die Ukraine müsse gewinnen und Russland verlieren. Dafür müsse Europa seine Wirtschaft an den Krieg anpassen. Zu Sikorskis Delegation gehören auch Vertreter des Landwirtschafts- und des Infrastrukturressorts, die die Blockaden polnischer Bauern und LKW-Fahrer an der polnisch-ukrainischen Grenze gegen die Konkurrenz der günstiger arbeitenden ukrainischen Kollegen, beispielsweise bei Maisimporten, thematisieren.
27.12.2023	Paweł Jabłoński, Parlamentarier von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), teilt in einem Radiointerview mit, dass der ehemalige PiS-Ministerpräsident Mateusz Morawiecki dem Team für Staatliche Arbeit (Zespół Pracy Państwowej) vorstehen wird. Die Gruppe soll die Arbeit der Regierung bewerten und politische Vorschläge entwickeln.
28.12.2023	Nach Angaben der Streitkräfte der Territorialverteidigung (Wojsko Obrony Terytorialnej – WOT) gehören aktuell 40.000 Soldaten der Freiwilligen-Formation an. WOT wurde 2017 gegründet und ist eine Truppengattung der polnischen Streitkräfte.
29.12.2023	Der Chef des Generalstabs der Polnischen Armee, Wiesław Kukuła, teilt mit, dass am Morgen ein mutmaßlich russischer Lenkflugkörper in den polnischen Luftraum eingedrungen ist. Nach ca. drei Minuten habe er ihn wieder verlassen. Während des Vorfalls versetzt Russland der Ukraine die bisher schwersten Luftschläge seit Beginn des russischen Angriffskrieges. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagt Polen die Solidarität der NATO zu. Regierungschef Donald Tusk hält ein Treffen mit Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, dem Generalstab der Armee sowie Geheimdienstchefs ab. Polens Präsident Andrzej Duda beruft eine Sitzung des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN) ein.
29.12.2023	Das Außenministerium teilt mit, dass Vizeaußenminister Władysław Teofil Bartoszewski den Chargé d’Affaires der Russischen Föderation, Andrei Ordash, einbestellt und ihm eine diplomatische Note überreicht hat. Polen fordert Aufklärung über den Vorfall, dass ein russischer Lenkflugkörper am Morgen für einige Minuten in den polnischen Luftraum eingedrungen ist, sowie die Einstellung derartiger Aktionen.
30.12.2023	In seiner Grußbotschaft zum Jahreswechsel bekräftigt Ministerpräsident Donald Tusk sein Wahlversprechen, dass seine Regierung mit den negativen Entwicklungen unter der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführten Vorgängerregierung abrechnen wird. Die Versöhnung der Gesellschaft werde die schwierigste Aufgabe sein, notwendig seien dafür das ehrliche und respektvolle Gespräch.
31.12.2023	In seiner Neujahrsansprache wirft Präsident Andrzej Duda der Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) Rechtsbruch u. a. bei der Übernahme der staatlichen Medien vor und ruft die Regierungskoalition auf, die Prinzipien des Rechtsstaates einzuhalten und alle Bürger ungeachtet ihrer politischen Einstellung zu respektieren.

03.01.2024	Nach der Sitzung des Regierungskabinetts kündigt Ministerpräsident Donald Tusk zur nächsten Kabinettsitzung eine Information über Finanzmissbrauch und Verletzung der Regeln des sozialen Zusammenlebens in staatlichen Institutionen unter der Vorgängerregierung, die von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführt wurde, an. Zurzeit findet eine umfangreiche Neubesetzung der Leitungsgremien staatlicher Einrichtungen statt, die von der Vorgängerregierung an Parteimitglieder und der PiS nahestehende Personen vergeben worden waren.
04.01.2024	Polnische Bauern blockieren erneut den Grenzübergang Medyka zur Ukraine. Nur LKW mit Hilfsgütern und verderblichen Lebensmitteln werden in die Ukraine, die sich im Angriffskrieg vonseiten Russlands befindet, durchgelassen, erklärt ein Organisator der Aktion. Die Landwirte protestieren gegen die billigeren landwirtschaftlichen Produkte aus der Ukraine, die infolge von Vereinbarungen zwischen der EU und der von Russland angegriffenen Ukraine auf den polnischen Markt gelangen, und die Konkurrenz der preisgünstigeren ukrainischen Transportunternehmen am polnischen Markt. Drei weitere Grenzübergänge zur Ukraine werden von Fuhrunternehmen blockiert, die sich ebenfalls von der ukrainischen Konkurrenz bedroht fühlen.
06.01.2024	Am Grenzübergang Medyka zur Ukraine setzen die polnischen Bauern ihren vor zwei Tagen wieder aufgenommenen Protest gegen Konkurrenz aus der Ukraine aus. Grund dafür ist die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Landwirtschaftsminister Czesław Siekierski, der Woiwodin der Region Vorkarpaten (województwo podkarpackie), Teresa Kubas-Hul, und dem Anführer der Bauernvereinigung Betrogenes Dorf (Oszukana Wieś), Roman Kondrów. Den Landwirten wird zugesagt, dass Mais in Höhe von einer Milliarde Zloty subventioniert, Liquiditätskredite um 2,5 Mrd. Zloty aufgestockt und die Agrarsteuerhöhe auf dem Niveau von 2023 festgeschrieben wird.
10.01.2024	Nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung im Dezember 2023 zu zwei Jahren Haft werden die Abgeordneten Mariusz Kamiński, ehemaliger Innenminister unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und Maciej Wąsik, ehemaliger Koordinator für die Geheimdienste unter der PiS-Regierung, von der Polizei im Präsidentenpalast festgenommen. Kamiński kündigt aus dem Gefängnis an, in den Hungerstreik zu treten. Präsident Andrzej Duda, der die Inhaftierten als politische Gefangene bezeichnet, sagt, er werde nicht eher ruhen, bis beide wieder freigelassen würden. Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) appelliert an den aus den Reihen der PiS stammenden Präsidenten, das Spektakel zu beenden, da dieses zu einer sehr gefährlichen Situation für Polen führen könne.
11.01.2024	In Warschau protestieren Anhänger sowie führende Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor dem Sejmgebäude gegen die Inhaftierung der ehemaligen Regierungsangehörigen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik. Schätzungen des Rathauses zufolge haben sich 35.000 Personen versammelt; der Sprecher der PiS spricht von 200.000 Protestierenden.
11.01.2024	Präsident Andrzej Duda teilt mit, dass er ein Begnadigungsverfahren für die am Vortag inhaftierten ehemaligen Regierungsangehörigen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik einleitet. Beobachter interpretieren dies als Eingeständnis Dudas, dass die von ihm 2015 unterzeichnete Begnadigung nicht rechtens war. Duda ruft den Generalstaatsanwalt auf, beide Inhaftierten frei zu lassen. Vorher hatte Duda ein Treffen mit den Ehefrauen der beiden PiS-Politiker.
12.01.2024	Das Justizministerium teilt mit, dass Landesstaatsanwalt Dariusz Barski heute in den Ruhestand versetzt wird, da seine Wiedereinsetzung in den Dienst im Februar 2022 durch den damaligen Generalstaatsanwalt und Justizminister Zbigniew Ziobro ohne rechtliche Grundlage vollzogen worden sei. Aktuell werde untersucht, welche Folgen Letzteres für Barskis als Landesstaatsanwalt getroffenen Entscheidungen habe.
12.01.2024	Der nationalistische Verein Marsch der Unabhängigkeit beantragt die Anerkennung des Marsches der Unabhängigkeit am 11. November als regelmäßige Veranstaltung bis zum Jahr 2026. Die beantragte Route wäre dann für den Demonstrationszug reserviert.
15.01.2024	In seiner Erklärung nach seinem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk ruft Präsident Andrzej Duda Tusk dazu auf, in der aktuellen Situation der Landesstaatsanwaltschaft die Ordnung gemäß dem Gesetz und der Verfassung wiederherzustellen. Der Hintergrund ist, dass Generalstaatsanwalt und Justizminister Adam Bodnar am 12. Januar den Landesstaatsanwalt wieder in den Ruhestand versetzt hat, da er seit Februar 2022 dieses Amt ohne Rechtsgrundlage ausgeübt habe. Duda zufolge war Bodnars Vorgehen nicht rechtens. Tusk sagt auf seiner Pressekonferenz nach dem Treffen mit Duda, jeder, der die Rechtmäßigkeit von Bodnars Vorgehen in Zweifel ziehe, solle den Rechtsweg zur Klärung wählen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>